

untere und obere Verwaltungsbehörde (Amtshauptmannschaft) erhalten bleibt. Die Amtshauptmannschaften als untere Verwaltungsbehörden haben sich als zu groß erwiesen. Sie sollen abgebaut und umgestaltet werden. Hier soll der Gutsverwaltung der Gemeinde freies Spielraum gelassen werden, und deshalb soll diese Umstellung von der Gemeinde aus erfolgen. Den Gemeinden soll das Recht eingeräumt werden, sich zu Gesamtgemeinden zu verbinden. Die Gesamtgemeinde soll gleiches wirtschaftliches Gebiet zusammenfassen, für das auch die geeigneten Verkehrswege vorhanden sind; sie hat dieselbe Verfassung wie die Einzelmehrheit. Die Gesamtgemeinden unterscheiden sich von der Einzelmehrheit dadurch, daß der Einzelmehrheit in der Gesamtgemeinde noch ein Eigensein gewahrt bleibt. Ist die Bestimmungsfähigkeit für eine Gesamtgemeinde gegeben, dann werden ihr auch die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde übertragen. Die Folge wird ein allmäßlicher Abbau der Amtshauptmannschaften sein.

Sämtliche Gemeinden, der Staat und öffentlich rechtliche Körperschaften können sich zu Zweckverbänden vereinigen. Durch einen Zweckverband können auch die bisherigen Einrichtungen der Bezirkverbände auf die Gesamtgemeinden des Bezirks übernommen werden. Alle Einwohner des Landes sollen an dem Gemeindeselben teilnehmen. Es müssen deshalb auch die Einwohner verstreut liegender Gemarkungen und die der selbstständigen Gutsbezirke den Gemeinden angegliedert werden. Die Aufhebung der Gutsbezirke, die bereits 1918 angeordnet war, muß restlos durchgeführt werden. Sowohl Staatsforsten oder Instanzen des Staates oder öffentlicher Körperschaften bestehend, soll ausnahmsweise von Einigungsmehrheit abgesehen werden.

Der Abbau der Amtshauptmannschaften bedingt, daß die Aufgaben der Bezirkverbände in die Übergangsbestimmungen aufgenommen werden. Ist mit der Möglichkeit des baldigen Abbaus der Amtshauptmannschaften und damit der Bezirkverbände zu rechnen, so sind dennoch eine Reihe von Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen worden, die den Aufgabenkreis der Bezirkverbände erweitern. Nach den nach der neuen Gemeindeordnung vorzunehmenden Neuwahlen der Gemeinden sind auch die Bezirkverbände und die Bezirksausschüsse neu zu wählen. Daraus scheidet auch die Streitfrage aus, ob eine Teilerneuerung der Bezirksausschüsse erfolgen soll. Die Amtshauptmannschaften bleiben für den Übergang als Staatsbehörden bestehen. Dem Reichstag wird das Recht eingeräumt, sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes und fünfzig periodisch die Überprüfung des Amtshauptmanns zu verlangen und der Staatsregierung neue Vorschläge zu unterbreiten.

So bringt das Gesetz eine Fülle neuer Aufgaben und räumt mit 13 verschiedenen Gesetzen auf. Die Folge wird eine völlige Neugestaltung der Staatsverwaltung sein. Das Gesetz ist in Vorbereitung. Dem Verlangen die Verabsiedlung der Gemeindeordnung zufriedenzustellen, bis auch dieses Gesetz verabschiedet sei, kann nicht entsprochen werden, einmal weil die Gemeindeordnung durch das Gesetz über die Staatsverwaltung nicht berührt wird, und zweitens, weil der Inhalt des Gesetzes selbst stark durch die Gemeindeordnung beeinflußt wird. Das Gesetz kann deshalb erst dann dem Vontag vorgelegt werden, wenn sich übersehen läßt, wie der Vontag sich zur neuen Gemeindeordnung stellt. Das Gesetz selbst aber muß sehr sorgfältig durchgearbeitet werden, weil es die Besitznisse der Einzelbehörden umstellt und damit eine ganze Reihe älterer Gesetze ver-

hindert und überflüssig macht. In dem Gesetz selbst liegt es nun, die Gemeindeordnung bald zu verabsiedeln, um den Gemeinden die zuständige Gutsverwaltung zu gewähren.

Deutscher Reichstag.

— Wenn in der Sonnabendstunde ein Kommunist gleich zuerst das Wort gehabt hätte, dann wäre es wohl sicher gewesen, daß er wieder einmal Vertrag beantragt hätte und die Geschäftsfähigkeit würde trotz der schlimmen Erfahrungen der Tage zuvor leicht zu erneuern gewesen sein. Danach muß man in der Tat für den weiteren Fortgang der Debatte ernsthafte Bedenken haben. Denn es ist anzunehmen, daß die Kommunisten ihre Obstruktionstaktiken fortsetzen werden. Das einzige Mittel wogegen wäre, daß die Beratungen nach Möglichkeit beschleunigt werden, damit der schließlich begreifliche Mangel an akutem Interesse für die Steuervorlagen — man hat über sie wahrscheinlich lange genug in der Öffentlichkeit, in den Ausschüssen und in den Fraktionen geredet und hin und her gehandelt — nicht noch durch eine überlange Debatte gesteigert wird. Am Sonnabend ging Präsident Überrieder Komplikation gelegentlich etwaiger Abstimmungen aus dem Wege, und der Tag brachte nur den Abschluß der allgemeinen Aussprache zum Mantelgesetz. Die Verhandlungen wurden eröffnet vom bairischen Volksstaatler Gümmer, der ganz richtig feststellte, daß der Reichstag einmütig der Meinung sei, man müsse die neuen Steuern bewilligen. Weniger einverstanden wird das deutsche Zeitungsgewerbe mit der anderen Meinung des Redners sein, daß der Reichstag keine Möglichkeit habe, der jüngsten Notlage der deutschen Presse gründlich abzuholzen. Von den beiden Kommunisten reden, die den letzten Teil der Sitzung ausfüllten, kaum etwas zu berichten. Dr. Gehez weiterete zwar etwas Erklärendes gegen die bürgerlichen Parteien, die die Erfassung der Sachwerte sabotiert hätten; aber den erlösenden Vorschlag, wie diese Erfassung in der Praxis durchgeführt werden müßte, behielt auch er wieder möglich bei sich. Sein Kollege Roehn gab etliche Stipendien von sich, die das Haus aber gefestigt haben. Der Präsident Überrieder hatte erst geplant, noch die Debatte über das Vermögenssteuergesetz anzufangen. Er sah aber wohl ein, daß die Lage dazu nicht angemessen sei und vertrat deshalb frühzeitig auf Montag 2 Uhr.

Kleine politische Meldungen.

Reiner Raub deutscher Gebiete. Die Internationale Grenzseitensichtungskommission hat am 18. März mit allen gegen die deutsche Stimme über die deutsche Grenze folgenden Beschlüsse gesetzt: Die fünf Ortschaften Johannisthal, Nuhendösch, Maulden, Kramerndorf und Alsfeld mit ihren ganzen Gemeinden sowie der Hafen von Auebrück einschließlich des bisher deutschen Zuganges zur alten Häfenstelle und der Pegelhäuser sowie der Polder an der Mainsterbahn Weichselbrücke fallen an Polen. Im übrigen soll die Grenze zwischen Deich und Fließ, und zwar 20 Meter östlich des Deiches verlaufen. Groß- und Klein-Holz soll polnisch bleiben. Der deutsche Kommissar hat gegen diesen Beschluß Widerspruch erhoben und die Erklärung abgegeben, daß weder er noch seine Regierung diese Entscheidung annehmen.

Der neue Reichsernährungsminister. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erwartet, daß bis zum Zusammentritt der Berliner Konferenz der Ernährungs- und Handelswirtschaftsminister der Länder am 21. März die Neubesetzung des Postens des Reichsernährungsministers erfolgt sein werde. In erster Linie komme für den Posten der frühere preußische Landwirtschaftsminister Dr. Warmbold in Frage.

Im Zuge der Not.

Roman von E. Dresel.
(54. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Der arme Junge wird voraussichtlich leben lang unter Wormundshaft stehen, also niemals selbstständiger Erbe sein können.“ schätzte der Arzt ein. Doch leuchtet schwer. „Wir müssen es darauf ankommen lassen. Als Nachfolger der Erbschaft wurde mir auch Haralds Wormundshaft übertragen, und ich glaube, nichts Besonders tun zu können, als es bei der Verfassung des Kommissionsrats zu belassen, vorausgesetzt, daß Klüven darauf einginge. Seine unglaubliche Inhaftnahme erfolgte auf die bestimmte und anscheinend belanglose Denunziation eines Brüdergeschenks Kontoristen, Reichmann heißt der Kerl, bei dem Staatsanwalt hin. Und zwar sollen die Veruntreuungen während Klüvens näher Vertrauensstellung, die er in den letzten Monaten bei seinem Schwager einnahm, begangen worden sein.

Klüven hätte sich nun der Haft rechtzeitig durch die Flucht entziehen können. „Das hätte eine Tat eingeschlagen, die ich nie begangen,“ wies er mich ruhig ab, der ich in der ersten Beleidigung ihn zu warnen kam. Gott verzeige mir die Dummköpfe, aber es ist so viel Verwirrendes und Durchbares in diesen Tagen auf mich eingestellt, daß ich wahnsinnig bald flüchtig wurde, als auch das noch hinzukam und ich lieber das elende Geld ersezt hätte, als den Freund ruinirt zu sehen.

Angesichts seiner Weigerung und der Fassung, mit der er dann dem Beamten folgte, schämte ich mich, auch nur eine Sekunde lang, in meiner Verblüffung an ihm gezweifelt zu haben.“

„So will ich mit Ihnen auf befriedigende Rufführung hoffen. Die Helden werden Sie vermutlich selbst mit Erregung des wahren Diebes verloren geben müssen. Daß sie kommt selten wieder auszugehen. Entweder hat sich looser Vogel den Raub längst durchgebracht oder fern vom Westen in Sicherheit gedrogen. Nun, der Nachlass bleibt auch so noch ein beträchtlicher, und das Verhängnis will, daß die Helden gar nicht zum Voll-

genuss gelangen. Ihre Schwester, Baron, ist gesonnen, daß ihre zwischen Ihnen und dem Asyl, das Ihre Zuflucht werden soll, zu teilen. Da Sie freie Verfüzung über Ihr Vermögen hat, kann ich das niemand verwehren. Für den Knaben ist ja ohnehin reich gesorgt. Er wird unter den traurigen Umständen niemals sein großes Erbe verbrauchen, noch den unerträglichen Fleißbrauch davon haben, ja auch, rein buchstäblich genommen, seine Großjährigkeit schwerlich erreichen. So kann es geschehen, daß dermaleinst auf Sie, Baron, übergeht, was mein armer Freund in langen Fleißigen und tüchtigen Erwerbsmühlen erarbeitete. Möchte es Ihnen zum Segen gereichen.“

Ein qualvolles Lächeln zog um den Mund des jungen Professors. „Reichtum,“ rief er bitter, „was soll der mir jetzt? Man gibt mir statt des Brotes den Stein. Das Gold an sich ist hart und kalt. Meine arme Schwester hungrte dabei, und ebensoviel erringe ich mit ihm das Glück, von dem mein Herz träumte, denn es kommt zu spät, Doktor, zu spät. Jetzt werde ich vermutlich Dogeflock bleiben, und was so einer bedarf, verdient ich schon selber. Und schreite mich sonst wohl das Gespenst der Einsamkeit, so nehme ich's nun lieber dar, mit auf als mit dem Verhängnis einer glücklosen Verwandtheit, die höchstens noch für mich in Frage käme.“

Nun schwelte der andere. „Wie alt sind Sie denn, Baron, Miss, Leibundghans? Und da wollen Sie reicher werden auf Lebenszeit, weil vielleicht Ihre erste Liebe in die Brüche ging, wie es fast immer das Schicksal junger Träume ist? Glaube ich einfach nicht. Das ist in dieser traurigeren Zeit nicht mit fröhlichen Gedankenfragen können, ist selbstverständlich. Über alles steht“, lieber Professor. Sie haben Ihren Beruf, Ihren Erfolg, der schnell Sie mit fortreihender Blutwelle in den rauschenden Strom des Lebens, und ich wißliche Ihnen von Herzen glückliche Haben. Im Ernst, Sie sind der Mann, dem die Welt offen steht. In einigen Jahren schenken Sie mir mit Ihrer Ernennung zum Landgerichtsrat Ihres Vermögensangebotes, ich weise. Und Sie werden bei Ihrem Wahl nicht nach dem Stam-

Entwurf eines Auslieferungsgesetzes. Bei den Reichstagsverhandlungen über die Auslieferung Italiens ist die Einbringung eines Auslieferungsgesetzes in Aussicht gestellt worden. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist jetzt im Reichsjustizministerium fertiggestellt worden.

Die Demobilisierungsvorordnungen gelten weiter. Der Reichsrat hat einen Entwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Demobilisierungsvorordnungen angenommen. Danach wird eine größere Anzahl Verordnungen bis 31. Oktober 1922 verlängert. Das Gesetz ermächtigt auch den Arbeitsminister zu einer Erhöhung der Gewerbeleistungsförderung im Rahmen der verfügbaren Mittel.

Die Wiedergutmachungskommission für einen Zahlungsausschuß! Die Pariser Zeitung Gablogramme berichtet, daß die Mehrheit der Wiedergutmachungskommission grundsätzlich einem Zahlungsausschuß für Deutschland zugestimmt habe, es bestanden nur Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der zu zahlenden Summen. Die Nachricht der Zeitung, daß man sich voraussichtlich auf eine mittlere Summe von 600 Millionen Mark einigen werde, muß, wie die ganze Meldung, noch mit einer gewissen Voricht aufgenommen werden.

Die Kriegsschuldigen. Morning Post meldet aus Rom: Die Instruktion der neuen italienischen Regierung an ihren Vertreter Graf Cavour im Botschaftszimmer zu der bevorstehenden Entscheidung über die deutsche Kriegsschuldigenfrage lehnt die Auslieferungsansprüche ab. Die Tribuna begründet eingehend den vom Kabinett eingenommenen Standpunkt.

Mehrjähriges französische Kriegsphantasien. Eine Pariser Zeitung hatte Enthüllungen über die Absichten des deutschen Generalstabes gebracht, Teile von Paris während des Krieges in die Luft zu sprengen. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die sämtlichen Behauptungen aus der Luft geschriften sind und nur dazu dienen können, die Verzweiflung der Geister in Europa hinzuzuhalten.

Bon den Gefangenen in Avignon. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, das Gefangenencamp von Avignon demnächst aufzulösen. Die dort noch immer zurückgehaltenen deutschen Gefangenen, ungefähr 25 an der Zahl, sollen nach Toulon oder in die Gegend von Toulon gebracht werden.

Ein königlicher Betriebsrat. Dem sozialen Juge der Zeit folgend, hat sich die Königin Wilhelmine zu einem Schritt entschlossen, der an den europäischen Königshöfen bisher wohl gänzlich vereinzelt dastehen dürfte. Sie hat nämlich ihre Einwilligung dazu erteilt, daß zur Wahrnehmung der Interessen des Hofpersonals ein Betriebs- und Angestelltenrat gebildet werde.

Italienische Flottendemonstration. Ein italienisches Geschwader ist von Brindisi ausgelaufen, um vor dem Piräus zu demonstrieren. Der Zweck dieses Vorgehens ist, dem italienischen Protest gegen die Beschädigung italienischer Dampfer, die angeblich Kriegskontakte geführt haben sollen, größerer Nachdruck zu geben.

Bombenattentat im japanischen Kaiserpalast. Es wird bekannt, daß am Sonnabend ein Unbekannter, ein augenscheinlich Bettläger, den Versuch gemacht hat, den kaiserlichen Palast in Tokio mittels einer Bombe in die Luft zu sprengen. Der Unbekannte versuchte, sich einen Weg in den inneren Hof des Palastes zu bahnen. Er hatte die Bombe unter seinem Mantel verborgen und wollte sich an der Schildwache vorbeidrücken. In diesem Augenblick explodierte die Bombe, die den Attentäter zerstörte. Die Schildwache blieb unverletzt.

Von Stadt und Land.

Am. 20. März 1922.

Neue Gesetzentwürfe. Das sächsische Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 17. März beschlossen, folgende Gesetzentwürfe dem Landtag vorzulegen: 1. den Entwurf einer Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Vereinsfachung des Geschäftsganges bei den Gerichten in Angesicht

hatten den Entwurf eines Gesetzes über die Auslieferung Italiens ist die Einbringung eines Auslieferungsgesetzes in Aussicht gestellt worden. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist jetzt im Reichsjustizministerium fertiggestellt worden.

Die Demobilisierungsvorordnungen gelten weiter. Der Reichsrat hat einen Entwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Demobilisierungsvorordnungen angenommen. Danach wird eine größere Anzahl Verordnungen bis 31. Oktober 1922 verlängert. Das Gesetz ermächtigt auch den Arbeitsminister zu einer Erhöhung der Gewerbeleistungsförderung im Rahmen der verfügbaren Mittel.

Die Wiedergutmachungskommission für einen Zahlungsausschuß! Die Pariser Zeitung Gablogramme berichtet, daß die Mehrheit der Wiedergutmachungskommission grundsätzlich einem Zahlungsausschuß für Deutschland zugestimmt habe, es bestanden nur Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der zu zahlenden Summen. Die Nachricht der Zeitung, daß man sich voraussichtlich auf eine mittlere Summe von 600 Millionen Mark einigen werde, muß, wie die ganze Meldung, noch mit einer gewissen Voricht aufgenommen werden.

Die Kriegsschuldigen. Morning Post meldet aus Rom: Die Instruktion der neuen italienischen Regierung an ihren Vertreter Graf Cavour im Botschaftszimmer zu der bevorstehenden Entscheidung über die deutsche Kriegsschuldigenfrage lehnt die Auslieferungsansprüche ab. Die Tribuna begründet eingehend den vom Kabinett eingenommenen Standpunkt.

Mehrjähriges französische Kriegsphantasien. Eine Pariser Zeitung hatte Enthüllungen über die Absichten des deutschen Generalstabes gebracht, Teile von Paris während des Krieges in die Luft zu sprengen. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die sämtlichen Behauptungen aus der Luft geschriften sind und nur dazu dienen können, die Verzweiflung der Geister in Europa hinzuzuhalten.

Bon den Gefangenen in Avignon. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, das Gefangenencamp von Avignon demnächst aufzulösen. Die dort noch immer zurückgehaltenen deutschen Gefangenen, ungefähr 25 an der Zahl, sollen nach Toulon oder in die Gegend von Toulon gebracht werden.

Ein königlicher Betriebsrat. Dem sozialen Juge der Zeit folgend, hat sich die Königin Wilhelmine zu einem Schritt entschlossen, der an den europäischen Königshöfen bisher wohl gänzlich vereinzelt dastehen dürfte. Sie hat nämlich ihre Einwilligung dazu erteilt, daß zur Wahrnehmung der Interessen des Hofpersonals ein Betriebs- und Angestelltenrat gebildet werde.

Italienische Flottendemonstration. Ein italienisches Geschwader ist von Brindisi ausgelaufen, um vor dem Piräus zu demonstrieren. Der Zweck dieses Vorgehens ist, dem italienischen Protest gegen die Beschädigung italienischer Dampfer, die angeblich Kriegskontakte geführt haben sollen, größerer Nachdruck zu geben.

Bombenattentat im japanischen Kaiserpalast. Es wird bekannt, daß am Sonnabend ein Unbekannter, ein augenscheinlich Bettläger, den Versuch gemacht hat, den kaiserlichen Palast in Tokio mittels einer Bombe in die Luft zu sprengen. Der Unbekannte versuchte, sich einen Weg in den inneren Hof des Palastes zu bahnen. Er hatte die Bombe unter seinem Mantel verborgen und wollte sich an der Schildwache vorbeidrücken. In diesem Augenblick explodierte die Bombe, die den Attentäter zerstörte. Die Schildwache blieb unverletzt.

heute den Entwurf eines Gesetzes über die Auslieferung Italiens ist die Einbringung eines Auslieferungsgesetzes in Aussicht gestellt worden. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist jetzt im Reichsjustizministerium fertiggestellt worden.

Die Demobilisierungsvorordnungen gelten weiter. Der Reichsrat hat einen Entwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Demobilisierungsvorordnungen angenommen. Danach wird eine größere Anzahl Verordnungen bis 31. Oktober 1922 verlängert. Das Gesetz ermächtigt auch den Arbeitsminister zu einer Erhöhung der Gewerbeleistungsförderung im Rahmen der verfügbaren Mittel.

Die Wiedergutmachungskommission für einen Zahlungsausschuß! Die Pariser Zeitung Gablogramme berichtet, daß die Mehrheit der Wiedergutmachungskommission grundsätzlich einem Zahlungsausschuß für Deutschland zugestimmt habe, es bestanden nur Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der zu zahlenden Summen. Die Nachricht der Zeitung, daß man sich voraussichtlich auf eine mittlere Summe von 600 Millionen Mark einigen werde, muß, wie die ganze Meldung, noch mit einer gewissen Voricht aufgenommen werden.

Die Kriegsschuldigen. Morning Post meldet aus Rom: Die Instruktion der neuen italienischen Regierung an ihren Vertreter Graf Cavour im Botschaftszimmer zu der bevorstehenden Entscheidung über die deutsche Kriegsschuldigenfrage lehnt die Auslieferungsansprüche ab. Die Tribuna begründet eingehend den vom Kabinett eingenommenen Standpunkt.

Mehrjähriges französische Kriegsphantasien. Eine Pariser Zeitung hatte Enthüllungen über die Absichten des deutschen Generalstabes gebracht, Teile von Paris während des Krieges in die Luft zu sprengen. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die sämtlichen Behauptungen aus der Luft geschriften sind und nur dazu dienen können, die Verzweiflung der Geister in Europa hinzuzuhalten.

Bon den Gefangenen in Avignon. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, das Gefangenencamp von Avignon demnächst aufzulösen. Die dort noch immer zurückgehaltenen deutschen Gefangenen, ungefähr 25 an der Zahl, sollen nach Toulon oder in die Gegend von Toulon gebracht werden.

Ein königlicher Betriebsrat. Dem sozialen Juge der Zeit folgend, hat sich die Königin Wilhelmine zu einem Schritt entschlossen, der an den europäischen Königshöfen bisher wohl gänzlich vereinzelt dastehen dürfte. Sie hat nämlich ihre Einwilligung dazu erteilt, daß zur Wahrnehmung der Interessen des Hofpersonals ein Betriebs- und Angestelltenrat gebildet werde.

Italienische Flottendemonstration. Ein italienisches Geschwader ist von Brindisi ausgelaufen, um vor dem Piräus zu demonstrieren. Der Zweck dieses Vorgehens ist, dem italienischen Protest gegen die Beschädigung italienischer Dampfer, die angeblich Kriegskontakte geführt haben sollen, größerer Nachdruck zu geben.

Bombenattentat im japanischen Kaiserpalast. Es wird bekannt, daß am Sonnabend ein Unbekannter, ein augenscheinlich Bettläger, den Versuch gemacht hat, den kaiserlichen Palast in Tokio mittels einer Bombe in die Luft zu sprengen. Der Unbekannte versuchte, sich einen Weg in den inneren Hof des Palastes zu bahnen. Er hatte die Bombe unter seinem Mantel verborgen und wollte sich an der Schildwache vorbeidrücken. In diesem Augenblick explodierte die Bombe, die den Attentäter zerstörte. Die Schildwache blieb unverletzt.

Ein königlicher Betriebsrat. Dem sozialen Juge der Zeit folgend, hat sich die Königin Wilhelmine zu einem Schritt entschlossen, der an den europäischen Königshöfen bisher wohl gänzlich vereinzelt dastehen dürfte. Sie hat nämlich ihre Einwilligung dazu erteilt, daß zur Wahrnehmung der Interessen des Hofpersonals ein Betriebs- und Angestelltenrat gebildet werde.

Italienische Flottendemonstration. Ein italienisches Geschwader ist von Brindisi ausgelaufen, um vor dem Piräus zu demonstrieren. Der Zweck dieses Vorgehens ist, dem italienischen Protest gegen die Beschädigung italienischer Dampfer, die angeblich Kriegskontakte geführt haben sollen, größerer Nachdruck zu geben.

Bombenattentat im japanischen Kaiserpalast. Es wird bekannt, daß am Sonnabend ein Unbekannter, ein augenscheinlich Bettläger, den Versuch gemacht hat, den kaiserlichen Palast in Tokio mittels einer Bombe in die Luft zu sprengen. Der Unbekannte versuchte, sich einen Weg in den inneren Hof des Palastes zu bahnen. Er hatte die Bombe unter seinem Mantel verborgen und wollte sich an der Schildwache vorbeidrücken. In diesem Augenblick explodierte die Bombe, die den Attentäter zerstörte. Die Schildwache blieb unverletzt.</